bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 12 | 10. Juni 2004

Rechte Szene 2

Als V-Mann geoutet

Ausgestiegener Rechtsextremist will 12 Jahre lang akribisch die braune Szene in Thüringen ausgeforscht haben.

"Nützliche Idioten"

Die Neonaziszene ist hinsichtlich der Frage einer Zusammenarbeit mit der NPD zerstritten.

Gefährliche Sparpolitik

Niedersachsen streicht Initiativen gegen rechts die Förderung. Zwischen Weser und Elbe breiten sich militante neonazistische Strukturen aus.

Verfassungsschutz 5

Geschrumpftes Potenzial

Führende Hamburger Neonazis verlieren spürbar ihre Integrationskraft.

Grauzone 6

Kontakte nach rechtsaußen

Der neue Landesvize des brandenburgischen Journalistenverbandes fischte in trüben Gewässern.

Mörderische Tradition

In Mittenwald gab es zu Pfingsten erneut Demonstrationen gegen das Treffen der Gebirgstruppe.

Kalte Krieger

Die Preußische Treuhand will die Eigentumsansprüche der Vertriebenen geltend machen.

Ausland 9

"Moralischer Holocaust"

Ungarische Rechtskonservative verbreiten teilweise offenen Rassismus.

"Subkultur des Hasses"

Zuwächse für US-amerikanische Skinheads und den Ku Klux Klan.

Demokratische Initiativen 11

Problematischer Vergleich

Eine Erhebung über Antisemitismus in den EU-Mitgliedstaaten weist Schwächen auf.

Meldungen 13

Rechte Szene

Als V-Mann geoutet

Ausgestiegener Rechtsextremist will 12 Jahre lang akribisch die braune Szene in Thüringen ausgeforscht haben.

Der Rechtsextremist Manfred R. lernte seit der Wende das gesamte bundesweite Neonazi-Spektrum kennen, jahrelang reiste er zu Aufmärschen, Kundgebungen und geheimen Saalveranstaltungen der Szene. In seinem Bundesland Thüringen bekleidete der rührige Rentner sogar Führungsposten unter anderem im Präsidium der Republikaner und zuletzt im Vorstand der umtriebigen Deutschen Partei, vorher hatte er auch in der DSU und der DVU fleißig mitgemischt.

„Ich wurde vom Landesamt für Verfassungsschutz gesteuert", behauptet R. jetzt. Er sitzt im Wohnzimmer eines Mehrfamilienhauses in einem beschaulichen Ort in Südthüringen und erzählt, wie er Spitzel geworden sei. „Das war vor etwa 12 Jahren, ich war Mitarbeiter einer Behörde und hatte einen Waffendeal angezeigt", so R. Daraufhin seien zwei Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz aus Erfurt bei ihm vorstellig geworden: „Herr R., Sie sind hier doch im rechten Lager, hätten Sie nicht Interesse für uns zu arbeiten?" Die beiden, die R. bald „Henner" und „Jürgen" nannte, boten ihm 300 bis 500 DM monatlich für seine Informationen. R. war einverstanden, seine Aufgabe bestand darin, alle Einladungen aus dem rechten Lager anzunehmen und alles aufzuschreiben, „wer, wie viele, was wurde gesagt, welche Autos standen auf dem Hof und möglichst viel zu fotografieren", erzählt R. heute.

Für die PDS im thüringischen Landtag belegt der neuerliche Fall die Kritik des Bundesverfassungsgerichts, nach der mit V-Leuten in Parteivorständen rechts-extremistischer Organisationen nicht nur ausgeforscht, sondern eben auch staatlich gesteuert werden, so der Abgeordnete Hahnemann. Das thüringische Landesamt bestätigt inzwischen die „blick nach rechts"-Recherchen, demnach habe R. zwischen 1994 und 2003 Informationen „aus dem Beobachtungsfeld Rechtsextremismus" abge-liefert. Eingeräumt wird, dass R. „zeitweise" Mitglied eines Landesvorstandes war.

Von Beginn seiner V-Mann-Karriere an warf R. ein besonderes Augenmerk auf die Aktivitäten der einflussreichen rechtsextremen Drahtzieher Kurt Hoppe, Michael Burkert und des NPD-Landeschefs Frank Schwerdt. Aber auch die Entwicklung rechtsextremer Kameradschaften und deren Anhänger aus Schmalkalden, Schleusingen, Zehla-Mehlis und Suhl beschrieb der fleißige Beobachter akribisch. „Vorher hatte ich denen schon die gesamte Mitgliederdatei der REP beschafft", berichtet R. nicht ohne Stolz, das seien über tausend Namen von Interessenten aus ganz Thüringen gewesen. Aber die Aufgabe wurde immer umfangreicher, der Terminplan zeigte unter anderem Veranstaltungen in Coburg, München und Bremen an. Die Kameraden wurden immer radikaler, so notierte sich R. zu einer seiner letzten Veranstaltungen in Dillstädt 2003 die Aussage eines „Philip": „Schröder sei der größte Verbrecher, er würde ihn am liebsten eigenhändig aufhängen". Im September vergangenen Jahres registrierte R. die Ansichten seiner Vorstandskameraden Burkert und Hoppe zu einer möglichen „Braunen Armee Fraktion" in München, „das sei alles nur Wahlpropaganda (…) Alles gute Leute, sagt Hoppe.(…) Burkert ist fest der Meinung, dass so eine Braune-Armee-Fraktion ähnlich wie in München auch in Thüringen agieren werde. Er selbst will an deren Aufbau aktiv mithelfen." R's Meinung nach existiert in der braunen Szene ein solcher Hass auf Politiker, „dass man evtl. Anschläge aus diesen Reihen künftig nicht ausschließen kann". „Meine Verbindungsleute gaben mir genaue Befehle in welcher jeweilig wichtigen Partei ich aktiv werden sollte", erzählt R., „aber Taten folgten auf meine Berichte leider nicht".

Vor kurzem flatterte R. eine Morddrohung ins Haus: „Du Verräterschwein. Du bist ein V-Mann. Aber keine Sorge – Dich bekommen wir auch noch – Du Schwein!! Die Kameradschaft" Auf den Seiten thüringischer NPD- und Kameradschaftskreise wird er inzwischen als „V-Sau" beschimpft, der sogar einen weiteren „Aktivisten" als V-Mann belastet habe.

Andrea Röpke

"Nützliche Idioten"

Die Neonaziszene ist hinsichtlich der Frage einer Zusammenarbeit mit der NPD zerstritten.

Eigentlich war es zu erwarten: Aus dem Streit der „Freien Nationalisten", ob man am 1. Mai mit der NPD gemeinsam auf die Straße gehen sollte, wurde der Streit, ob man die NPD im Wahlkampf unterstützen und sein Kreuzchen bei ihr machen darf. Ja, sagt der Flügel um Thomas Wulff. Nein, meinen Christian Worch und seine Gefolgsleute.

Das „Gebot nationaler Geschlossenheit" hatte Wulff Ende April in einem Beitrag auf der Homepage des Aktionsbüros Nord und im NPD-Parteiorgan „Deutschen Stimme" postuliert und eine „Bündelung der Kräfte" gefordert. „Dazu sind alle Teile unserer Opposition vonnöten. Unabhängige, freie Kameradengruppen ebenso wie auch die Parteiorganisationen. Alle sind aufgerufen zum Aufbau einer ‚Volksfront von Rechts'!" Ausdrücklich verlangte er diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen: „Die Wahlkämpfe der nächsten Monate sollten für alle Aktivisten – ob in der NPD organisiert oder nicht – ein willkommener Anlass sein, jetzt dafür zu sorgen, dass auch der parteipolitische Arm unserer Bewegung wieder gestärkt wird."

Worch hingegen fürchtet, dass die NPD seine Kameraden für den Wahlkampf missbraucht – und dann wieder fallen lässt. So wie die NPD unter dem Eindruck des Verbotsverfahrens die zeitweilige „Symbiose" mit den „Freien" nach dem Spätsommer 2000 beendet habe: „Was damals gelaufen ist, war ein politischer Betrug." Der Sündenkatalog der NPD ist aus seiner Sicht sehr lang: „Politisches Versagen", „Feigheit vor dem Feind", „Beratungsresistenz" wirft er ihr vor, dazu ein Finanzgebaren, das die eingenommenen Gelder im Apparat versickern lässt. Ihr Niedergang sei inzwischen „so drängend, dass sie erneut aus der Parteienfinanzierung herauszufliegen droht, in die sie durchaus maßgeblich durch unsere Mithilfe wieder hineingekommen ist". 440 000 Euro drohe die Partei jährlich zu verlieren, ein Viertel ihres Gesamtumsatzes, rechnet Worch vor. Für ihn ist dies der eigentliche Grund, warum sich die NPD um ein neues Bündnis mit „Freien" bemüht. „Also sucht man sich wieder mal ein paar nützliche Idioten, mit denen man es eine Weile machen kann, bis die Bedürfnislage der Partei sich ändert und aus den nützlichen Idioten der Schillersche Mohr wird, der seine Schuldigkeit getan hat." Bündnisse würden nur dann etwas taugen, wenn man einander vertrauen könne: „Wir haben zwischen 1997 und 2000 der NPD vertraut und wurden in diesem Vertrauen enttäuscht."

"Hamburger Miesmacher"

Wo Christian Worch mit den NPD-Oberen so zu Gericht geht, kann es nicht ausbleiben, dass der ebenso arrogante wie empfindliche Hamburger selbst zur Zielscheibe wird. Noch heute stößt er sich daran, dass ihn der NPD-Vize Holger Apfel vor einem Jahr in der „Deutschen Stimme" als „Hamburger Miesmacher" titulierte. Und so mancher Parteigänger der Nationaldemokraten mag Worch nicht mehr abnehmen, dass es ihm um die „nationale Sache" geht – eher um seine Eitelkeit und um einen notorischen Hass auf die Partei.

Unterstützung erhält Worch unter anderem vom KDSler Axel Reitz. Wer den Wahlhelfer für die NPD spiele, mache sich „zum Hampelmann einer Partei, die sich nur für sich selbst interessiert, aber nicht für Kräfte außerhalb der Partei; die sind nach Bekunden von führenden NPD-Funktionären nur ‚nützliche Idioten'", erklärt der KDS-„Gauleiter". „Was haben wir davon, wenn wir Zutreiber für eine Partei spielen, die sich vom NS eindeutig und unmissverständlich distanziert, die davon träumt, in einem demokratischen Staat 'Mitverantwortung' zu tragen, für die jegliche revolutionäre Gesinnung parteischädigend' ist." Für den „echten Nationalrevolutionär", meint Reitz, gebe es ohnehin nur eine Partei: „Das ist nicht die NPD, sondern jene Partei, die seit 1945 verboten ist!!!"

Tomas Sager

Gefährliche Sparpolitik

Niedersachsen streicht Initiativen gegen rechts die Förderung. Zwischen Weser und Elbe breiten sich militante neonazistische Strukturen aus.

In puncto Rechtsextremismus kann der niedersächsische Innenminister seinen Blick durch die rosarote Brille kaum verhehlen. Wenn er auf das Jahr 2003 zurückschaut, sieht die Entwicklung seiner Meinung nach ganz rosig aus. „Die Anzahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten hat sich leicht verringert, Straftaten sanken und Gewaltaktionen gingen über ein Viertel zurück", verkündete Uwe Schünemann bei der Pressekonferenz am 12. Mai dieses Jahres. Von der kritischen Frage eines Medienvertreters, wie er es sich erkläre, dass Niedersachsen immer noch auf Platz drei der Gewaltstatistik Rechts rangiere, ließ der christdemokratische Politiker sich nicht beirren und belehrte die staunenden Journalisten, dass das an der Aufmerksamkeit der Bevölkerung im ländlichen Raum läge und an deren ansteigendem „Anzeigeverhalten". „In Niedersachsen werden sehr viele Delikte gemeldet", erklärte der Minister und legte nach: „in Ostdeutschland dagegen ist die Sensibilisierung nicht so ausgeprägt". Verfassungsschutzchef Volker Homuth musste auf Anfrage einräumen, dass der Raum südlich von Bremen ihnen durchaus Sorgen bereite, „ja, wir stellen da jetzt einen Schwerpunkt fest".

Anfang Mai hatten die Grünen im Landtag auf Medienberichte über neonazistische Gewaltaktionen im Verdener Raum reagiert und die Bekämpfung des Rechtsextremismus im Bundesland als „unzureichend" kritisiert. Außerdem wurde öffentlich, dass die Regierung die Haushaltsmittel für Prävention in diesem Bereich „zusammengestrichen" habe. „Diese Meldungen sind falsch", schimpfte Schünemann während der Pressekonferenz Mitte Mai, es gäbe keine Kürzungen. Zwei Wochen später stand fest: „Angesichts der Haushaltslage" wurden 320 000 Euro im Etat der Landeszentrale für politische Bildung für den Kampf gegen Rechts gesperrt.

Im vergangenen Jahr waren für Projekte gegen Rechts noch 682 000 Euro vorgesehen, die aber auf fast die Hälfte gekürzt wurden. Nun sollen noch lediglich 43 000 Euro für bereits genehmigte Projekte ausgezahlt werden. Initiativen, die früher bis zu 2500 Euro an Zuschüssen bekamen, gehen künftig leer aus, denn laut Kultusminister Bernd Busemann (CDU), wird es keine „Bagatellförderung" mehr geben.

Eine gefährliche Sparpolitik, denn selten entwickelte sich eine offen militante neonazistische Struktur so rasant wie zur Zeit im Gebiet zwischen Weser und Elbe. Der Europawahlkampf der NPD läuft und die so genannte „Schuloffensive" der Neonazis ist in die zweite Phase getreten, eine neue Ausgabe der „nationalistischen Schülerzeitschrift" „Der Rebell" wird massenweise auf Schulhöfen verteilt. Am 18. Mai standen die Neonazis vor drei Schulen gleichzeitig. Den emsigen Glatzköpfen um Florian Cordes und Sascha Schüler schlägt viel bundesweite Anerkennung innerhalb der braunen Szene entgegen.

Dabei offenbart diese aufwendige Schulkampagne längst eine gut funktionierende Vernetzung von NPD-Anhängern und Kameradschaften im gesamten norddeutschen Bereich. Außerdem ist auch der NPD-Vorstand in der Seelenbinderstraße in Berlin ständig auf dem Laufenden, was in und um Bremen herum passiert. „Florian Cordes macht gute Arbeit", lobt Frank Schwerdt, eben noch hat der thüringische Landesvorsitzende mit denen „da oben" im Norden telefoniert. Dabei ist Cordes nicht einmal mehr Parteimitglied, man führt ihn in der Berliner Zentrale locker als „informellen Mitarbeiter".

Der niedersächsische Verfassungsschutz hinkt scheinbar hinterher, was die gefährliche Kampagne der NPD/JN unter Cordes' maßgeblicher Führung betrifft. So heißt es im aktuellen Bericht, den der Innenminister vorgestellt hat: „Der Ausschluss des Vorsitzenden Cordes aus der NPD und JN (…) beschleunigte den Niedergang der JN".

Andrea Röpke

Verfassungsschutz

Geschrumpftes Potenzial

Führende Hamburger Neonazis verlieren spürbar ihre Integrationskraft.

Das politische Nachbeben vom 11. September 2001 dauert an: Der Hamburger Verfassungsschutzbericht 2003 steht wie nie zuvor im Zeichen der Bedrohung durch Islamisten. Rechte Aktivitäten spielen im aktuellen Bericht der Schlapphüte nur noch eine Nebenrolle. „Der Rechtsextremismus stagniert auf niedrigem Niveau“, erklärte Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck (CDU). „Das erscheint allerdings manchmal anders, weil der bundesweit bekannte Neonazi Christian Worch mit spektakulären Aktionen Aufmerksamkeit erregt.“ In Hamburg spiele Worch allerdings „keine bedeutende Rolle“.

Der Abwärtstrend beim „organisierten Rechtsextremismus“ zeige sich nach der Einschätzung des Verfassungsschutzes besonders in der Entwicklung der Parteien. Ausbleibende Wahlerfolge, anhaltender Mitgliederschwund, interne Querelen und politische Perspektivlosigkeit habe vor allem auf die DVU (minus 30 Mitglieder, jetzt 200) und die Republikaner (minus 10 Mitglieder, nun 40) ausgestrahlt. Die politische Arbeit der Hamburger Landesverbände sei „praktisch zum Erliegen gekommen“, konstatierte Innensenator Udo Nagel (parteilos) zur Vorstellung des Berichts. Gegen den Bundestrend konnte die NPD in der Hansestadt überraschend leicht zulegen und zählt jetzt 95 Mitglieder (plus 10). Besonders jüngere Menschen hätten dem Landesverband zu einer „aktionistischeren Ausrichtung“ verholfen. Es sei in Zukunft mit einer engeren Zusammenarbeit zwischen NPD und Freien Nationalisten zu rechnen.

Insgesamt schrumpfte das rechte Potenzial – nach Abzug von Doppelmitgliedschaften – gegenüber dem Vorjahr um 50 Personen auf 590. Zu den 335 Parteimitgliedern von DVU, REP und NPD kommen 70 Neonazis (2002: ebenfalls 70), 80 Angehörige sonstiger Organisationen (2002: ebenfalls 80) und 150 gewaltbereite Rechtsextremisten, besonders Skinheads (2002: 160).

Obwohl die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten von 184 auf 139 und die der Gewalttaten von 13 auf vier zurückging, gibt der Verfassungsschutz keine totale Entwarnung und verweist in diesem Zusammenhang auf den mutmaßlichen Sprengstoffanschlag gegen das jüdische Gemeindezentrum München. In Hamburg, vermeldet der aktuelle Bericht, seien allerdings „gegenwärtig keine Ansätze oder Entwicklungen in diese Richtung erkennbar“. Zwar gebe es Kontakte von Hamburgern zu den mittlerweile verhafteten Sprengstoffsammlern (TNT) der „Kameradschaft Süd“, gegen die zurzeit die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt, doch habe man keine Erkenntnisse in Richtung „terroristische Bestrebungen“. In der Hamburger Szene herrsche die Meinung vor, dass die Aktivitäten der Münchener und der militanten schleswig-holsteinischen Gruppe „Combat 18 Pinneberg“ der „nationalen Sache“ nicht dienlich seien.

Kein Hamburger Verfassungsschutzbericht ohne die Nennung von Thomas Wulff, seines Zeichens Chef eines Kameradenkreises „Freier Nationalisten“. Der nicht parteilich organisierte „klassische Neonazi“ hat nach seinem Umzug in Richtung Mecklenburg-Vorpommern spürbar an Integrationskraft verloren. Seit Ende 2002 versucht Wulff, dieser Entwicklung mit der Homepage „Nazis in Hamburg“ entgegenzusteuern – allerdings mit mäßigem Erfolg. Den meisten Zulauf in der Elbmetropole verzeichnet die aktionistische Neonazi- und Skinheadszene in Bramfeld“. Die von Torben Klebe angeführten und mit Wulff locker verbandelten Neonazis und Skinheads agieren aus dem Stadtteil heraus. Adrett gekleidet „informieren“ sie an Info-Tischen oder kümmern sich um das örtliche Kriegerdenkmal.

Volker Stahl

Grauzone

Kontakte nach rechtsaußen

Der neue Landesvize des brandenburgischen Journalistenverbandes fischte in trüben Gewässern.

Eine „organisierte Stimmenmehrheit“, die „keine wahre Entscheidung“ ermöglicht habe, wirft der ehemalige Vorsitzende des brandenburgischen Deutschen Journalistenverbandes (DJV), Wilfried Specht, seinen Nachfolgern vor. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde durch diesen „langfristig und logistisch exakt“ vorbereiteten „Machtwechsel“ mit Torsten Witt ein umtriebiger Funktionär gewählt, der seit vielen Jahren gute Kontakte zum rechten Rand pflegt.

Ermöglicht worden sei die Wahl dadurch, schreibt Specht in einem Offenen Brief an die DJV-Mitglieder, dass der freie Journalist Bernd Martin (Potsdam) im Vorfeld der Versammlung Mehrheiten für sich und seine neue Führungsmannschaft mobilisiert habe. So hätten sich unter den 69 Teilnehmern des Gewerkschaftstags 37 kurz zuvor aufgenommene Mitglieder befunden, die zu einem Großteil auch dem „Verband Junger Journalisten (VJJ) Berlin-Brandenburg“ angehörten.

Der Vorläufer des VJJ wurde 1984 unter der Bezeichnung „Berliner Jugendpresse“ (BJP) gegründet und 1993 umbenannt. Witt ist dem Verein seit seiner Gründung eng verbunden. Immer wieder ist der inzwischen 40-Jährige, der den Unternehmensbereich Medienconsulting & Marketing einer „Verlags- und Medienproduktionsgesellschaft“ verantwortet, dabei in die Schlagzeilen geraten – nicht zuletzt deshalb, weil er in trüben Gewässern fischte und nicht immer die nötige Distanz zur rechtsextremen Szene wahrte. Der frühere Berliner Jugendsenator Thomas Krüger trat aus diesem Grund Ende 1993 als Kuratoriumsmitglied des VJJ zurück. Er warf Witt vor, „über Jahre hinweg zumindest Kontakte zu der neuen rechtsextremen Szene in Deutschland“ gepflegt zu haben.

Anfang der 90er Jahre gehörte Witt dem Vorstand der Jungen Liberalen in Berlin an. Dort tobte damals ein heftiger Richtungsstreit. Im Verbandsorgan etwa erschien ein Grußwort Jörg Haiders. Witt selbst verlieh seinen Sympathien für den FPÖ-Politiker mehrfach - erfolglos - in Leserbriefen Ausdruck. 1995 versuchte Witt mit Gesinnungsgenossen des nationalkonservativen Flügels der Berliner FDP den Landesverband zu übernehmen.

Anschließend wirkte Witt kurzzeitig als Berliner Landesvorsitzender und Bundesvize für den rechtspopulistischen Bund Freier Bürger (BFB). In Berlin machte der BFB unter Witts Führung vor allem durch sein Engagement gegen das Holocaust-Denkmal auf sich aufmerksam. Als verschiedene rechte Kleinstparteien sich zur Landtagswahl 1999 in Berlin auf der offenen Liste eines „Bürgerbundes“ zusammenschlossen, kandidierte Witt auf Platz 3. Aufsehen erregte er mit der Ankündigung, die Ausländerpolitik zu einem zentralen Wahlkampfthema machen zu wollen. So betonte Witt, dass Deutschland kein Einwanderungsland und die generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft abzulehnen sei. Die knapp acht Millionen Ausländer in Deutschland betrachte er als „Gäste“, die möglichst bald nach Hause sollten. Aus dieser Zeit stammt auch die Aufnahme eines Pressefotografen, das Witt als Teilnehmer einer „Montagsdemonstration“ der rechtsextremen Sammelbewegung „Unser Land“ an der Seite des Mitbegründers dieser Initiative Horst Mahler zeigt. Witt legt inzwischen – per Gegendarstellung – auf die feinsinnige Aussage Wert, Mahler habe sich „lediglich neben Herrn Witt an der Demonstration beteiligt.“

Auch an seine journalistischen Tätigkeiten möchte sich Witt heute nicht mehr gerne erinnern lassen: 1988 und 1989 etwa stand sein Name mehrfach im Impressum der „Jungen Freiheit“. Er habe für das Blatt „lediglich Anzeigen beschafft, ohne für sie redaktionell tätig zu sein“, ließ Witt Jahre später durch einen Rechtsanwalt verlauten. Der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken forderte Anfang Juni Witt öffentlich zum Rücktritt von seinem Amt auf. Und in Brandenburg sammelt der Ex-Vorsitzende Specht Unterschriften, die die Neuwahl des Landesvorstands herbeiführen sollen.

Christian Nigl

21. Jahrgang | 12 | 10. Juni 2004

Mörderische Tradition

In Mittenwald gab es zu Pfingsten erneut Demonstrationen gegen das Treffen der Gebirgstruppe.

Die Zeiten, in denen die Bewohner des oberbayerischen Geigenbauorts Mittenwald beschaulich das Pfingstfest begehen konnten, sind vorbei: Auch in diesem Jahr kamen einige Hundert Demonstranten ins Werdenfelser Land, um anlässlich des Pfingsttreffens der Gebirgstruppe auf ungesühnte Kriegsverbrechen deutscher Gebirgsjäger hinzuweisen. Die Lokalzeitung schrieb im Vorfeld von „Chaostagen unterm Karwendel", die es zu verhindern gelte.

Für gereizte Stimmung sorgte ein „Mittenwalder Landbote", den die Bewohner des Fremdenverkehrsorts einige Tage vor Pfingsten in ihrem Briefkasten vorfanden. In dem von den Gegnern der „Gebirgsjäger-Traditionalisten" gestalteten Blatt kommt Christina Dimou zu Wort, eine Überlebende des von deutschen Gebirgsjägern 1943 in Kommeno/Griechenland angerichteten Massakers, zu Wort. Dimou war auf dem letztjährigen Hearing zu Gast.

Auch diesmal berichteten Zeitzeugen von ihren Erfahrungen, etwa Jacob Baruch „Jacquot" Szmulewicz, ein jüdischer Partisan, der in Frankreich während des II.Weltkriegs für die Jugendorganisation der Widerstandsgruppe MOI tätig war. Dies war die in erster Linie aus Juden bestehende Immigrantenorganisation der Kommunistischen Partei. Panagiotis Babouskas war 14 Monate alt, als Soldaten des Feldersatz-Bataillons 79 am 3. Oktober 1943 im griechischen Lyngiades wüteten. Sie ermordeten 87 Zivilisten und verbrannten diese anschließend. Die Menschen mussten sterben, da die deutschen Soldaten den Tod von Oberstleutnant Josef Salminger rächen wollten, der zwei Tage zuvor bei einer Partisanen-Aktion ums Leben gekommen war.

In Mittenwald reagiert man überaus genervt auf die mehrere Hundert Demonstranten, die am Pfingstsamstag durch den Ort zogen. Ungeheuerliches bekam dabei Ernst Grube zu hören, Überlebender des KZ Theresienstadt: „Hitler hat vergessen, euch zu vergasen." Auch 13 Skinheads kreuzten auf und versuchten mehrfach, die Demo-Teilnehmer zu provozieren. Die Glatzen wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen. Ein 59-jähriger Mittenwalder wurde angezeigt, weil er einen Hakenkreuz-Anhänger am Hut trug.

Tags darauf forderte ein Teilnehmer der Gedenkfeier die Polizisten auf, die Demonstranten tätlich anzugreifen: „Holt doch mal den Knüppel aus dem Sack!" Stephan Stracke vom AK „Angreifbare Traditionspflege" berichtete unterdessen auf der Gegenkundgebung von Gräueltaten, an denen Offiziere aus dem Werdenfelser Land beteiligt waren.

Und er griff die Bundeswehr an, die mit Bussen Veteranen zur Gedenkfeier befördert und am Ehrenmal Kränze niederlegen lässt.

Brigadegeneral a.D. Ernst Coqui, Präsident des Kameradenkreises der Gebirgstruppe, kam in seiner Rede auf dem 47. Treffen der Gebirgsjäger auch auf deren Gräuel zu sprechen: „Wir sind uns in gleicher Weise der großen Leistungen der Gebirgstruppe im Krieg bewusst wie leider auch von Gebirgssoldaten begangener Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit", zitiert ihn das „Garmisch Partenkirchener Tagblatt". Der „Frankfurter Rundschau" sagte er freilich, dass Kriegsverbrecher vom ehrenden Totengedenken nicht ausgeschlossen würden.

Unterdessen tragen die Bemühungen der Gegner, an Massakern beteiligte „Kameraden" vor Gericht zu bringen, erste Früchte: Staatsanwalt Ulrich Maaß, Leiter der nordrhein-westfälischen Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Dortmund und mit den Gräueltaten auf Kephallonia befasst, hat inzwischen zwei Fälle an die zuständige Staatsanwaltschaft München weitergegeben. Zwei ehemalige Gebirgsjäger aus dem Augsburger Raum werden sich in absehbarer Zeit wohl wegen Mordes zu verantworten haben.

Magnus Bosch

Kalte Krieger

Die Preußische Treuhand will die Eigentumsansprüche der Vertriebenen geltend machen.

Mit dem EU-Beitritt Polens sieht die im Januar 2003 offiziell aus Kreisen der Vertriebenenorganisationen gegründete Preußische Treuhand GmbH & Co.KG a.A. ihre Chance gekommen. Zweck der Preußischen Treuhand (Handelsregister Bonn Nr. 12224; Stammkapital: 150 000 Euro), die sich die Jewish Claims Conference zum Vorbild nimmt, ist die „Sicherung des Anspruchs beziehungsweise Rückgabe des im Osten von den Vertreiberstaaten völkerrechtswidrig konfiszierten Eigentums“. Man erhofft sich jetzt die juristische Möglichkeit mittels EU-Recht Musterprozesse gegen Polen anzustreben und die Rückgabe des „Eigentums“ in „den Preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße“ zu erreichen.

Großaktionäre der Preußischen Treuhand sind die Landsmannschaft Ostpreußen, die 40 Prozent Anteile hält und die Landsmannschaft Schlesien mit 10 Prozent der Anteile. Der Rest verteilt sich auf über 1000 Teilhaber. Die kleinste Beteiligung ist eine Aktie von 50 Euro. Untergebracht ist die Geschäftsstelle der „Treuhand“ im Düsseldorfer Haus der Landsmannschaft Ostpreußen.

Aufsichtsratsvorsitzender der Preußischen Treuhand ist Rudi Pawelka (Jg. 1940), zugleich seit April 2000 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. In einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ im Februar beklagte sich Pawelka über eine in der Bundesrepublik „weitverbreitete Form von Vergangenheitsbewältigung, die streng darauf achtet, dass deutsche Opfer nicht auf eine Stufe mit NS-Opfern gestellt werden, weil dann eine Relativierung des von Deutschen begangenen Unrechts gesehen wird. Letztlich aber ist das Pflege von Schuldgefühlen auf dem Rücken deutscher Opfer.“

Ehrenfried Mathiak, Landesvorsitzender der Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen und JF-Interviewpartner, rief am 14. Dezember 2000 die Preußische Treuhand, die später zur GmbH & Co.KG a.A. wurde, ins Leben. Postanschrift des Vereins war zum damaligen Zeitpunkt der Buchenring 21 im westfälischen Brilon. Unter dieser Anschrift firmierte auch der extrem rechte „Germania Buchversand“ (beziehungsweise Germania Bookstore) von Armin Preuß. Preuß ist Herausgeber der geschichtsrevisionistischen Reihe „knapp + klar“, in der Rechtsextremisten wie Heinrich Piebrock und Harald Pannwitz, beide Referenten der NS-apologetischen, rassistischen und antisemitischen „Hetendorfer Tagungswochen“ publizierten.

Als Aufsichtsratschef der Preußischen Treuhand amtiert Alexander von Waldow, Vorstandsmitglied der DSU, zuvor unter anderem schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender der extrem rechten Splittervereinigung Aufbruch 94 – Deutscher Freier Wählerbund. In der jüngsten Ausgabe von „Zeit für Protest“, dem Parteiorgan der Republikaner, ruft Waldow den polnischen Staat auf, ehemals deutsches Gelände und Betriebe in Polen zu „Euro-Gebieten“ umzuwandeln, die dann „weder zu Polen noch zu Deutschland gehören“, sondern ein autonomes Zwei-Völker-Land unter der Regie der EU mit Zweisprachigkeit, Marktwirtschaft und Sicherheit für beide Völker“ darstellen sollen. Polen stellt für Waldow nach wie vor „Besatzungsmacht“ in den deutschen Ostgebieten dar. Für Waldow besteht auch „das Deutsche Reich in den Genzen von 1937“ fort.

Stellvertretender Aufsichtsratschef der „Preußischen Treuhand“ ist Hans-Günther Parplies, zugleich stellvertretender BdV-Bundesvorsitzender sowie BdV-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. 1998 verkündete Parplies, vormals Vorsitzender des revanchistischen Arbeitskreises für ostpolitische Publizistik e.V., kämpferisch in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, dass es gelte „legitime Anliegen“ der Vertriebenen „auch gegen mögliche Widerstände offensiv zu vertreten.“

Anton Maegerle

Ausland

"Moralischer Holocaust"

Ungarische Rechtskonservative verbreiten teilweise offenen Rassismus.

In der Kulturszene Ungarns brodelt es seit einigen Wochen. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war der Austritt von 120 Schriftstellern aus dem ungarischen Schriftstellerverband. Darunter befanden sich so prominente Autoren wie Péter Esterházy, László Darvasi, László Földeny, György Konrad, Péter Nádas. Sie protestierten mit ihren spektakulären Schritt gegen die Rede von Kornél Döbrentei.

Das Mitglied des Schriftstellerverbandes hielt auf einer von rechtskonservativen und nationalistischen Gruppierungen organisierten Demonstration gegen angebliche antichristliche Äußerungen eines Radiomoderators eine Brandrede, die weithin als antisemitisch gewertet wurde. Vor dem Gebäude des freien Radio „Tilos“ sprach Döbrentei von einem „moralischen Holocaust am Ungarntum, der von falschen Propheten in falschen Kleidern und mit falschen Gesichtern (nur die Bärte sind echt) betrieben wird.“ Auf dieser Kundgebung war von Rechtsradikalen eine israelische Fahne verbrannt worden. Döbrentei hat sich schon vorher immer wieder mit antisemitischen Sprüchen hervorgetan.

So sagte er vor einem halben Jahr in einem Rundfunkinterview, dass die während der Nazi-Zeit in Ungarn geltenden Rassengesetze zur Rettung der Juden gedacht gewesen seien. Und zur Nobelpreis-Verleihung des jüdischen Schriftstellers Imre Kertész meinte er, er hätte sich gefreut, wenn ein Ungar den Preis erhalten hätte. Trotzdem hatte sich der Schriftstellerverband nicht von Döbrentei distanziert. Zunächst 84 Autoren erklärten in einem Brief an Verbandschef Kalázs, es sei ihnen unmöglich, mit einem Verband zusammenzuarbeiten, in dem es keinerlei Kritik an Meinungen wie die von Döbrentei gäbe. Kalázs griff daraufhin die protestierenden Schriftsteller heftig an. Der Massenaustritt war die Reaktion.

Ein mehr oder weniger offener Antisemitismus ist mittlerweile auch bei ungarischen Rechtskonservativen fester Bestandteil ihres politischen Diskurses. Ausgerechnet am 19. April, dem ungarischen Gedenktag für die Opfer des Holocaust meinte Istvan Csurka: „Das Judentum will seine Hegemonie über Millionen Ungarn bewahren, es will Ungarn zum Hinterland von Israel machen. Es will angesichts der ungarischen Schwäche eine neue europäische Basis aufbauen.“

Der Schriftsteller Csurka ist Vorsitzender der rechtsextremen Partei der Wahrheit und des ungarischen Lebens (Miep), die bei den Wahlen im Jahr 2002 nicht mehr den Einzug in das Parlament schaffte. Zuvor hatte sie allerdings mit dem rechtskonservativen Bund Junger Demokraten (Fidesz) hervorragend zusammengearbeitet. Dort wird der Antisemitismus subtiler ausgedrückt. Der führende Fidesz-Politiker und ehemalige Minister Laszlo Köver erwies sich auf einer Versammlung christlicher Intellektueller als Verschwörungstheoretiker. Er stellte Vermutungen an, welche Geheimdienste hinter der ungarischen Regierung die Fäden ziehen. „Gibt es nur ein Land oder mehrere, die darüber bestimmen, was in Ungarn geschieht?“

Das Ansinnen der regierenden Sozialdemokraten, dass sich die konservative Opposition von Köver distanziert, wurde abgelehnt. „Fidesz versucht das Kunststück zu vollbringen, in Ungarn mit ungehemmter innenpolitischer Hetze, unterschwelligem Antisemitismus, vulgärem Antikommunismus und billiger Sozialdemagogie den Pöbel zu mobilisieren, gleichzeitig aber in der breiten Öffentlichkeit und im Ausland den Anschein zu erwecken, man habe es mit einer normalen demokratischen Partei zu tun“, meint der Wiener Publizist Karl Pfeiffer.

Damit könnte sie durchaus in absehbarer Zeit in Ungarn auch wieder an die Regierung kommen. Sollte die Miep bei den nächsten Wahlen die 5-Prozent-Hürde schaffen, wird sie sicherlich wieder mit Fidesz zusammenarbeiten.

Peter Nowak

"Subkultur des Hasses"

Zuwächse für US-amerikanische Skinheads und den Ku Klux Klan.

„Die Schlange häutet sich. Alte Organisationsformen werden zerstört und durch neue ersetzt." So beschreibt ein Kolumnist der Website Nazi.org. die aktuelle Transformation der radikalen Rechten in den USA. Trotz der weitgehenden Bedeutungslosigkeit extremistischer Parteien und Organisationen haben die Sympathien für fremdenfeindliche oder antisemitische Ideologien in den letzten Jahren einen steten Aufschwung erfahren, der letztendlich auch dem äußeren Rand des politischen Spektrums zu Gute kommt. Der jüngst erschienene Bericht der Bürgerrechtsorganisation The Southern Poverty Law Center (SPLC) aus Alabama registriert für das Jahr 2003 ein leichtes Comeback rechtsextremer Bewegungen. Die Zahl der beobachteten Gruppen stieg auf insgesamt 751 an. Während das Flaggschiff der Szene, die National Alliance (NA) aus West Virginia, seit dem Tod ihres Gründers William Pierce Mitte des Jahres 2002 mit schwindenden Mitgliedszahlen und internen Grabenkämpfen ringt, konnten andere Organisationen deutliche Zuwächse verzeichnen.

Zu den Gewinnern zählen vor allem rassistische Skinheads, deren Zahl sich im vergangenen Jahr verdoppelte und deren Aktivitäten sich im Bundesstaat New Jersey konzentrieren, wo rund ein Drittel der Gruppen (AC Skins, Aryan Raiders, Bergen County Hooligans, Eastern Hammerskins, Werewolf Crew #45) ihren Sitz hat. Die „white supremacy"-Organisationen Aryan Nations und Volksfront warteten mit elf beziehunsweise acht neuen Abteilungen (Chapters) auf. Volksfront aus Portland hat sich nicht zuletzt mit der Durchführung des „Aryan Fests" 2004 einen in einschlägigen Kreisen respektierten Status erworben. Präsent waren auch der Newcomer aus Arkansas, White Revolution des ehemaligen NA-Mitglieds Billy Roper, und Teile des Ku Klux Klan. White Revolution schmiedete besonders lautstark Allianzen mit Skinheads oder dem Musiklabel Panzerfaust Records, während Klan-Gruppen mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen zum ersten Mal seit einigen Jahren wieder echte Aktivität zeigten und sogar leicht steigende Mitgliedszahlen vermelden. Der schwelende juristische Streit um die Legalität öffentlicher Kreuzverbrennungen dürfte ein Übriges zu diesem Aufschwung getan haben.

Regierungsfeindliche Rhetorik und rassistische „Christian Identity"-Lehren florieren häufig in ethnisch sehr homogenen Staaten wie Idaho, Washington und Oregon, treten aber auch in den dicht besiedelten Südstaaten auf, wo die Neo-Konföderierten-Bewegung weiter von der Auseinandersetzung zwischen Radikalen und Moderaten geprägt wird. Ohnehin rechtslastige Organisationen wie die League of the South oder das Council of Conservative Citizens (CCC) driften weiter nach rechts und auch Holocaust-Leugner und um äußerliche Seriosität bemühte revisionistische Institute wittern durch die zunehmende antiisraelische Stimmung innerhalb der Bevölkerung Morgenluft. Neonazis stellten die einzige Kategorie mit fallender Tendenz dar (minus 32 Prozent). Die extrem gewaltbereite Organisation World Church of the Creator (WCOTC) scheint nach der erneuten Verurteilung ihres „Pontifex Maximus" Matthew Hale praktisch nicht mehr existent zu sein.

Einer der neuen Tummelplätze dieser „Subkultur des Hasses" ist dem Simon Wiesenthal Zentrum zufolge das Internet. Der „Digital Terrorism and Hate Report" des Toleranzprojektes aus New York listet mehr als 4000 Webseiten mit extremistischen Inhalten auf. Neben rassistischen und antisemitischen Ideen erfreuen sich dabei Verschwörungstheorien und Terrorismus großer Popularität. Stormfront.org, das wohl älteste Neo-Nazi-Portal, feiert mittlerweile sein neuntes Jahr im Online-Betrieb. Insgesamt haben auch rechtsextreme Organisationen im Umgang mit Internet-Technologie spürbare Fortschritte gemacht und setzen das Medium gezielt und erfolgreich für Propagandazwecke, Mitgliederwerbung sowie die interne Kommunikation ein.

Michael Funk

Demokratische Initiativen

Problematischer Vergleich

Eine Erhebung über Antisemitismus in den EU-Mitgliedstaaten weist Schwächen auf.

Die Zunahme von Antisemitismus in Europa hat die für die Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der EU zuständige Stelle (EUMC) zu Recht veranlasst, der Problematik nachzugehen. Der zweibändige Bericht „Erscheinungsformen des Antisemitismus in der EU 2002 – 2003“ (Zitierweise: I) sowie „Wahrnehmung des Antisemitismus in der EU“ (Zitierweise: II) liegt nun seit einigen Wochen vor.

In einem ersten Schritt hatten die nationalen Büros die jeweiligen Rechtsnormen zur Bekämpfung von Antisemitismus, die Quellen der Erfassung von Antisemitismus sowie dessen Verbreitung in den Jahren 2002 und 2003 – in den damals noch 15 EU-Mitgliedstaaten – darzustellen. Dieses Ausgangsmaterial wurde dann von Dr. Pollack, der als „unabhängiger Wissenschaftler“ leider ohne nähere Präzisierung eingeführt wird, zur Analyse der Verfügbarkeit und Qualität von Informationen über Antisemitismus vorgelegt. In einem zweiten Schritt ging man der Wahrnehmung, also gleichsam dem „gefühlten“ Antisemitismus, in Gesprächen mit nationalen Vertretern der jüdischen Gemeinden nach. Auf Grund der dabei gewonnenen Erfahrungen wurden in einem dritten und vierten Schritt Vorschläge für die Erfassung von Antisemitismus und seine Bekämpfung gemacht.

Dieser Zweischritt bei der Erfassung von Antisemitismus ist sinnvoll, denn gerade hier besteht die Gefahr des Auseinanderfallens von antisemitischen Manifestationen und deren Bewertung. Ein Grundproblem liegt schon darin, dass es keine allgemein gültige Definition von Antisemitismus gibt. Das war auch hierzulande die Crux der in Abständen durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen, die regelmäßig eine abgestufte Bewertung von Antisemitismus versuchten. Auf eine einheitliche Definition kann daher umso weniger verzichtet werden, wenn in 15 EU-Mitgliedstaaten der Antisemitismus verglichen wird. Auch für die nationale Bewertung wird eine verlässliche Messlatte gebraucht, weil die strafrechtliche oder gesellschaftliche Sanktionierung von Einzelvorgängen Einfluss auf die Wahrnehmung von Antisemitismus haben. Um nur zwei Beispiele für Deutschland zu nennen: der Kampf Israels gegen den Terrorismus oder das Verhalten des vormaligen Zentralratsvize der Juden. Beide Vorgänge sind für sich genommen nicht „jüdisch“, wirken gleichwohl, wie die darüber geführten Diskussionen zeigen, auf die Wahrnehmung und Bewertung des Jüdischen durch die deutsche Gesellschaft. Dies führt hin zu eine zweiten Problematik: in der Antisemitismusforschung wird üblicherweise getrennt zwischen dem verborgenen und dem manifesten Antisemitismus (covert/overt antisemitism). Vorgänge wie die genannten bedingen eine Verschiebung zwischen beiden Ausprägungen von Antisemitismus.

Daten nicht systematisch erfasst

Der Bericht referiert aus der wissenschaftlichen Literatur verschiedene Elemente beziehungsweise Definitionen von Antisemitismus und antisemitische Stereotypen an (I S. 111. ff bzw. 225 ff) und diskutiert, ob es einen „neuen Antisemitismus“ gibt. Nach Einschätzung der Agentur hat der Antisemitismus in den fünf EU-Mitgliedsländern Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königsreich, soweit Daten vorhanden sind, zugenommen. Für Deutschland wird betont, in der hohen Zahl der antisemitischen Straftaten spiegele sich auch der hohe Grad der Erfassung wieder. Die Aussage ist in zweifacher Hinsicht problematisch, weil bereits für die genannten Länder ein Vorbehalt hinsichtlich der Verfügbarkeit von Daten gemacht und gleichzeitig festgestellt wird, Antisemitismus werde in mehr als der Hälfte der EU-Staaten – Griechenland, Spanien, Irland, Luxemburg, Italien, Portugal und Finnland, aber auch Österreich – nicht systematisch erfasst, obwohl durchweg Rechtsnormen gegen Rassenhass oder Diskriminierung existieren. Einzig in Schweden sind nach den statistischen Daten antisemitisch motivierte Straftaten konstant. Aber auch damit, so muss eingewandt werden, wird nichts über Antisemitismus in der schwedischen Gesellschaft insgesamt ausgesagt.

Kann man soweit dem Einstieg der Studie folgen, so wird sie bei den Einzeldarstellungen problematisch, wie sich etwa an der Darstellung für Deutschland (I S. 16, 57 ff.) zeigt. Rechtsquellen, politische Diskussionsprozesse (Jürgen Möllemann, Martin Hohmann) sowie antisemitische Kriminalität werden korrekt referiert. Neben sieben antisemitischen Aktionen (Brandstiftung, Friedhofsschändung, Schmierereien) in 2002 und vier im Jahr 2003 werden Meinungsumfragen beziehungsweise Untersuchungen zitiert. Fast gänzlich fehlen die gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten (Initiativen beziehungsweise Regierungsprogramme gegen Antisemitismus; vgl. dazu etwa den Bericht an den Deutschen Bundestag vom 14. Mai 2002; Drucksache 14/9519). Den Vertrag der Bundesregierung mit dem Zentralrat der Juden als Maßnahme zur Reduzierung von Vorurteilen anzuführen, ist fehl am Platz, denn dabei ging es um die Sicherung der Existenz der jüdischen Gemeinschaft.

Keine allgemein gültige Definition von Antisemitismus

Im hohen Maße unbefriedigend ist jedenfalls die „Analyse" dieser Fakten durch den oben erwähnten Dr. Pollack (I S. 256 ff). Sie besteht im wesentlichen aus der Wiederholung der Darstellung des Sachberichts: So wird die dort getroffene Feststellung, im Jahr 2002 seien „66%" der antisemitischen Straftaten Beleidigungen und „20%" Propagandadelikte gewesen, lediglich abgeändert in „2/3" beziehungsweise „1/5". Zu der Aussage im Sachbericht, „im ersten Halbjahr" 2003 seien 16 schwere Straftaten zu verzeichnen (S. 67), heißt dann in der Analyse „in den ersten sechs Monaten des Jahres 2003" wurden 16 schwere Straftaten begangen (S. 257). Antisemitische Literatur (beispielsweise „Nation&Europa") fehlt in beiden Teilen, Untersuchungen werden fast wörtlich wiederholt, die Tabelle des Berichtsteils über die Untersuchung Fuchs/Lamneck/Wiederer an bayrischen Schülern (S. 69) kehrt mit leichter Variation in der Überschrift wieder (S. 260). Der kritische Leser ist dadurch zumindest irritiert. Vor allem entwertet das die Fülle der richtigen und sich von anderen EU-Staaten durchaus positiv abhebenden Informationen, mit deren Systematisierung man offensichtlich überfordert war.

Noch problematischer ist der Interviewteil. Vier Ausprägungen von Antisemitismus werden dabei genannt: die christliche antijüdische Tradition, der Antisemitismus der extremen Rechten, der Antisemitismus links, der muslimische Antisemitismus. Die Begrifflichkeit geht hier ineinander, denn wir tendieren dazu, die Wurzeln des christlichen Antisemitismus in dessen heutigem Auftreten zu suchen, nehmen ihn aber – gerade angesichts des 2. Vatikanum und anderer Debatten in den großen Kirchen – nicht mehr als eigenständige Form wahr. Die Interviews der acht deutschen Partner wirken – von der Wahrnehmung von Antisemitismus über die Shoah bis zur Zukunft des Judentums – sehr unsystematisch und gelegentlich zufällig. Selbstverständlich sollte nicht verkannt werden, dass hier eine Wahrnehmung von Antisemitismus angestrebt wurde, es also um subjektive, „gefühlte" Einschätzungen ging. Im Ergebnis gewinnt man aber leider den Eindruck, als sei hier ein wichtiges Thema verschenkt worden. Eine gründlichere Abstimmung mit den nationalen Experten wäre angebracht gewesen. Der Prüfung wert sind sicher die Handlungsvorschläge, obwohl sie für Deutschland kaum wirklich etwas Neues bringen.

Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Manifestations of Antisemitism in the EU 2002-2003; Perceptions of Antisemitism in the European Union, 348 beziehungsweise 48 Seiten, Wien 2004. Zu beziehen über: EUMC, Rahlgasse 3, 1060 Wien, media@eumc.eu.int

Klaus-Henning Rosen

Meldungen

Neonazi-Aufmarschgebiet Hessen

Gladenbach – Zum vierten Mal in diesem Jahr wollen Neonazis in Gladenbach aufmarschieren. Das Aktionsbündnis Mittelhessen rund um Manuel Mann hat eine Demonstration für den 17. Juli angemeldet. Als Redner sind wie bereits bei einer Demo im April unter anderem Axel Reitz und Philipp Hasselbach vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) angekündigt. Wie die Oberhessische Presse berichtete, wurde auch im benachbarten Marburg für den gleichen Tag eine Demonstration angemeldet. (ts)

Braune Musik über den Sender

Dänemark (Kopenhagen) – Der Neonazi-Radiosender "Radio Oasen" will seine Sendezeit verdoppeln und damit zum größten nichtkommerziellen Lokalsender des Landes werden. Statt 61 soll „Radio Oasen“ künftig 120 Stunden in der Woche sein Programm, unter anderem mit „rassenbewusster White-Power-Musik“, ausstrahlen Jonni Hansen, der Vorsitzende der Dänischen National-Sozialistischen Bewegung (DNSB) und Betreiber des Senders, baut nach der Streichung der öffentlichen Zuschüsse auf Spenden aus seiner Anhängerschaft. Nach eigenen Angaben des Senders können 150.000 Zuhörer südlich von Kopenhagen dessen Programm empfangen. (ts)

Keine „Böhsen Onkelz“ mehr

Frankfurt – Die „Böhsen Onkelz“, erste Kultband der Rechtsrock-Szene in Deutschland und später eine ähnlich vergötterte Band des Hardrocks, lösen sich auf. Wie die Frankfurter Musikgruppe auf ihrer offiziellen Homepage ankündigt, wollen sie noch ein Studioalbum („Adios“) veröffentlichen, eine Tournee spielen und kommendes Jahr zum 25-jährigen Bandjubiläum ein Abschiedskonzert geben. Die Band, die sich und ihre große Anhängerschaft gerne als verschworene Gemeinschaft von Underdogs ansah, nennt die Auflösung in ihrem bekannt-pathetischen Jargon den „letzten und endgültigen Arschtritt für alle, die uns in den vergangenen 24 Jahren das Leben schwer machen wollten.“ Gründe für die Auflösung seien die immensen Erfolge in den letzten Jahren – unter anderem war die Band auf Platz Eins der Albumcharts vertreten –, die nicht mehr zu überbieten seien. Man trete zudem lieber würdevoll ab, als sich ewig im Rockzirkus aufzuhalten. Die „Böhsen Onkelz“ hatten sich Anfang der 80er Jahre gegründet. 1984 veröffentlichten sie auf dem Label „Rock-O-Rama“ das unter Rechtsextremen zur Kultplatte avancierende Album „Der nette Mann“. Anfang der 90er Jahre begannen sich die vier Musiker dann langsam von der rechten Szene zu distanzieren. Teile der Rechten nannten sie daraufhin „Verräter“, obschon andere Teile der Neonazi-Szene weiterhin die frühen Songs der Band abfeierten. (mk)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abonnementverwaltung:
wegewerk GmbH
Mail: abo@wegewerk.de
Fon: (030) 24 08 36 60
Fax: (030) 24 08 36 89